



## Niederschrift

### 9. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 25.02.2020
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:05 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

---

#### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Dr. phil. Wieland Niekisch      CDU      Sitzungsleitung

#### Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD	
Frau Babette Reimers	SPD	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Frau Tina Lange	DIE LINKE	Vertretung für: Frau Dr. Anja Günther DIE LINKE
Herr Steffen Pfrogner	DIE aNDERE	
Herr Chaled-Uwe Said	AfD	ab 18:05 bis ca. 20.30 Uhr Vertretung für: Herrn Ambros Josef Tazreiter AfD

#### zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch      Bürgerbündnis      bis 20.25 Uhr

#### sachkundige Einwohner

Herr Marcel Schulz	SPD	
Frau Dr. Ellen Chwolik- Lanfermann	Freie Demokraten	
Herr Ken Gericke	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Horst Heinzl	BürgerBündnis	
Herr Stefan Matz	BI Fahrland	bis 20.20 Uhr
Herr Werner Pahnhenrich	CDU	



- 4.2      Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland), Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 19/SVV/1101  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
OBR Fahrland, KUM  
(abschließende Lesung)
- 4.3      Vorhalteflächen für Sozialinfrastruktur in Fahrland  
Vorlage: 19/SVV/1302  
Fraktion DIE LINKE  
SBWL, B/Sp., OBR Fahrland  
(Wiedervorlage)
- 4.4      Kommunaler sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße in Fahrland  
Vorlage: 19/SVV/1308  
Fraktion DIE LINKE  
SBWL, GSWI, OBR Fahrland  
(Wiedervorlage)
- 4.5      Zugang zum Havel Quartier Potsdam für Menschen mit Mobilitätseinschränkung  
Vorlage: 19/SVV/1306  
Fraktion der Freien Demokraten  
SBWL, GSWI  
(Wiedervorlage)
- 4.6      Bebauungsplan Nr. 119 "Medienstadt", Abwägungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Medienstadt" (22/17) Abwägung und Feststellungsbeschluss  
Vorlage: 20/SVV/0061  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
KUM, SBWL  
(2. Lesung)
- 4.7      Fortschreibung der "Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam" (Potsdamer Baulandmodell 2019)  
Vorlage: 20/SVV/0081  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBWL, GSWI  
(2. Lesung)
- 4.8      Anpassung des Potsdamer Baulandmodells  
Vorlage: 19/SVV/0334  
Fraktion DIE LINKE  
(Wiedervorlage)
- 4.9      Straßennamenschilder für Menschen mit Sehbehinderung  
Vorlage: 20/SVV/0022  
Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen
- 4.10     Barrierefreier und belästigungsarmer Weihnachtsmarkt ab 2020  
Vorlage: 20/SVV/0011  
Fraktion DIE aNDERE  
SBWL, OS, HA
- 4.11     Weiterentwicklung des zentralen Weihnachtsmarktes in der Potsdamer Innenstadt  
Vorlage: 20/SVV/0090  
Fraktion der Freien Demokraten  
SBWL, OS, HA

- 4.12 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21
- 4.12.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 1: Kein städtisches Geld für den Wiederaufbau Garnisonkirche  
Vorlage: 20/SVV/0030  
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 4: Energie-Einsparung durch weniger Straßenbeleuchtung  
Vorlage: 20/SVV/0033  
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 8: Klimanotstand: Schutzprogramm beschleunigen und Bäume pflanzen  
Vorlage: 20/SVV/0037  
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 6: Kostenfreier öffentlicher Nahverkehr für alle in Potsdam  
Vorlage: 20/SVV/0035  
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 10: Autofreie Innenstadt und verkehrsberuhigte Quartiere  
Vorlage: 20/SVV/0039  
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 11: Entlastung des Potsdamer Nordens: 2. Nord-Süd-Verbindung Straßenbahn  
Vorlage: 20/SVV/0040  
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 14: Walderhalt im Planungsverfahren 'Schul- und Sportstandort Waldstadt Süd'  
Vorlage: 20/SVV/0043  
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 15: Oberbürgermeister soll Wiederaufbau der Garnisonkirche unterstützen  
Vorlage: 20/SVV/0044  
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.9 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 16: Fahrradwege in Potsdam ausbauen und sicherer gestalten  
Vorlage: 20/SVV/0045  
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.10 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 17: Umgehungsstraße realisieren (Havelspange, 3. Havelübergang)  
Vorlage: 20/SVV/0046  
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.11 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 18: Grüne Dächer und Fassaden für ein besseres Stadtklima  
Vorlage: 20/SVV/0047

- Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.12 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 20: Biosphäre zur Kiez-Schwimmhalle umbauen als 'Herzbad im Volkspark'  
Vorlage: 20/SVV/0049  
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Bericht zur Wegsanierung in Potsdam West (gemäß Beschluss 19/SVV/0845)  
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 6 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Niekisch, eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.02.20 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes vom 11.02.2020 liegt den Ausschussmitgliedern noch nicht vor. Die Bestätigung der Niederschrift wird auf die nächste Sitzung vertagt.

Zur Tagesordnung werden folgende Wünsche vorgebracht:

- Frau Dr. Chwolik-Lanfermann bittet um nochmalige Zurückstellung des Antrages 19/SVV/1306 (TOP 4.5), da es zur Modifizierung des Beschlusstextes noch weiteren Abstimmungsbedarf in der Fraktion gibt.
- Von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird an die zum Ausbau der Heinrich-Mann-Allee durchgeführte Einwohnerversammlung erinnert und

um Informationen zu den Prüfaufträgen unter dem TOP Sonstiges gebeten.

- Herr Jäkel teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE den Antrag 19/SVV/0334 (TOP 4.8) zurückzieht.
- Herr Sträter (Ortsvorsteher Groß Glienicke) bittet auch den Antrag 19/SVV/0994 (TOP 4.1) nochmals zurückzustellen. Er berichtet, dass der Ortsbeirat dem vorgenannten Antrag in der Ursprungsfassung mit knapper Mehrheit zugestimmt habe. Dies sei jedoch mit „Bauchschmerzen“ erfolgt. Gleichzeitig wurde im Ortsbeirat ein weiterer Beschluss zu dieser Thematik gefasst, welcher im Kern die Erwartungshaltung trägt, die Anlagen für das Grundstück Eichengrund 1 zu erhalten. Dafür soll in einem zu schließenden Städtebaulichen Vertrag die zukünftige Nutzung des Grundstücks vereinbart werden.
- Herr Heuer stellt den Geschäftsordnungsantrag, den gesamten TOP 4.12 Bürgerhaushaltsvorschläge 2020/21 zurückzustellen und bittet die Behandlung im Zusammenhang mit der noch bevorstehenden Haushaltsberatung durchzuführen. Ohne Kenntnis der noch einzubringenden Haushaltsvorlage könne keine sinnvolle Verknüpfung zur finanziellen Situation vorgenommen werden. Er regt an, zu jeder Sitzung 2 oder 3 Bürgerhaushaltsanträge zu behandeln.

Herr Pfrogner spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag. Der Bürgerhaushalt sei ein gesondertes Thema. Der Prozess des Bürgerhaushaltes solle gewürdigt werden. Von daher sei eine Behandlung im Komplex sinnvoll.

Der Ausschussvorsitzende macht aufmerksam, dass zu den Bürgerhaushaltsanträgen TOP 4.12.7 und 4.12.12 Anträge auf Rederecht von Frau Oxana Adams, Kerstin Woller und Herrn Dauber vorliegen und bittet diese zu gewähren.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung der wie folgt geänderten Tagesordnung:  
Zurückstellung bzw. Streichung der TOP'e 4.1, 4.5, 4.8 und 4.12.

Der so geänderten Tagesordnung wird mit 7/1/1 zugestimmt.

Frau Oxana Adams bittet um das Wort und erklärt, dass sie ihren Antrag auf Rederecht für heute zurückziehen würde, wenn der Antrag im Anschluss nicht behandelt wird. Sie würde das Rederecht dann wahrnehmen, wenn der Antrag regulär auf der Tagesordnung steht und behandelt wird.

Frau Lange stellt den Geschäftsordnungsantrag die beiden Anträge mit Rederecht heute zu behandeln.

Frau Hüneke äußert, dass die Kopplung mit dem Haushalt wichtig sei.

Herr Dr. Niekisch bittet Herrn Daenzer die grundsätzliche Einbringung des Bürgerhaushaltes 2020/21 zu ermöglichen, die beiden Rederechte zu gewähren und die zugehörigen Anträge heute zu behandeln.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.**

Verschiedene Ausschussmitglieder bedauern, dass sie noch immer keinen Zugang von außen zum Ratsinformationssystem haben, um sich entsprechend vorbereiten zu können.

Herr Pfrogner bittet für den Fall, dass es sich noch länger hinzieht, eine Möglichkeit der Übermittlung per USB oder CD zu finden, so dass die Unterlagen den Ausschussmitgliedern spätestens 5 Tage vor der Sitzung zugänglich sind.

### **zu 3      Vorstellung von Bauvorhaben**

Zur Vorstellung der Bauvorhaben in der Vorrunde gibt es keinen Beratungsbedarf.

### **zu 4      Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 4.1      Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für den Kinderbauernhof am bisherigen Standort in Groß Glienicke**

**Vorlage: 19/SVV/0994**

Fraktion DIE LINKE

(Wiedervorlage)

Zurückgestellt – siehe Verständigung zur Tagesordnung

#### **zu 4.2      Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland), Abwägung und Satzungsbeschluss**

### **Vorlage: 19/SVV/1101**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

OBR Fahrland, KUM

(abschließende Lesung)

Frau Kühn (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und informiert über den bisherigen Ablauf des Bebauungsplanverfahrens seit Aufstellung im Jahr 2012. Der Ortsbeirat Fahrland, der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion sowie der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) haben sich intensiv mit der Vorlage und den eingebrachten Änderungs- und Ergänzungsanträgen befasst. Frau Kühn geht auf die im Ortsbeirat Fahrland und im KUM-Ausschuss eingebrachten Änderungsanträge, deren Umsetzbarkeit bzw. Auswirkungen auf das Bebauungsplanverfahren erläuternd ein:

- Dem Änderungsantrag zu den Stellplätzen könne mit der Einschränkung „temporär“ gefolgt werden.
- Dem Ergänzungsantrag zu den Altbäumen könne ebenfalls mit folgenden Einschüben „nach Maßgabe der Potsdamer Baumschutzverordnung“ und „im Rahmen der Festsetzungen des Bebauungsplans“ gefolgt werden.
- Zu dem Änderungsantrag Photovoltaik unterbreitet die Verwaltung folgenden Formulierungsvorschlag zur redaktionellen Änderung in der textlichen Festsetzung TF 6.2  
„Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie sind nur in, an oder auf den Dachflächen liegend mit einer Befestigungsstruktur von nicht mehr als 20 cm Abstand zur Dachfläche zulässig. Aufgeständerte Anlagen und Anlagen ohne Gebäudebezug sind nicht zulässig.  
Die Oberflächen von Anlagen (...) auszubilden.“
- Zu dem Änderungsantrag Spielplätze wird auf die rechtsverbindliche Spielplatzsatzung verwiesen, welche ab einer festgelegten Anzahl von Wohneinheiten automatisch zur Anwendung kommt. Frau Kühn ergänzt, dass die mit dem Antrag gewünschte Änderung aufgrund der dann erforderlichen Änderung des Bebauungsplans eine nochmalige Pflicht zur öffentlichen Auslegungen erfordern würde. Die Verwaltung empfiehlt deshalb, diesem Antrag nicht zu folgen.

Es fügt sich eine kontroverse Diskussion unter Beteiligung von Frau Lange, Herrn Matz, Herrn Pfrogner, Herrn Jäkel, Herrn Kirsch, Herrn Gericke, Frau Hüneke und Frau Reimers an, in welcher insbesondere Frau Lange auf das Erfordernis einer zusätzlichen Ausweisung von Spielplätzen in Fahrland für die Altersgruppe von 0 bis 12 Jahren und den Synergieeffekt zum Schulsportplatz und zur Schule in Fahrland verweist.

Herr Rubelt verweist darauf, dass Bebauungspläne bestimmte Bedingungen erfüllen müssen, um rechtssicher zu sein. Mit Annahme des Änderungsantrages zu den Spielplätzen müsste die Vorlage erneut in die öffentliche Beteiligung gehen, wofür entsprechende Kapazitäten beansprucht werden. In diesem Zusammenhang verweist Herr Rubelt auf die erst kürzlich behandelte Prioritätenliste der verbindlichen Bauleitplanung. Er unterbreitet das Angebot zu der Thematik Spielplätze gern nochmals Überlegungen zu einer temporären Nutzung zu führen, spricht sich jedoch gegen die nochmalige Änderung des

Bebauungsplans aus

Die einzelnen Änderungsanträge werden zur Abstimmung gestellt:

Änderungsantrag zu den Stellplätzen (in der im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität geänderten Fassung mit dem Hinweis auf temporär)

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt die Stellplätze für die 36 Bestandswohnungen im Bebauungsplan „Am Friedhof“ in Fahrland (Döberitzer Str. 16, 18 und 20) (siehe S. 31 der Begründung) von derzeit 26 Stellplätzen für eine Dauer von 10 Jahren temporär auf mindestens 40 Stellplätze (1 pro Wohnung zzgl. 10% Gästeplätze) zu erhöhen. Alternativ können den Eigentümer\*innen der 3 Gebäude Flächen angeboten, die ihnen ermöglichen, die fehlenden Parkplätze selbst herzustellen. Dabei werden jedoch nur Flächen aus dem WA1 (Einzel-/Doppelhäuser) genutzt, nicht jedoch aus WA4 oder WA5, um die dort zulässige Bebauung mit Hausgruppen nicht zu gefährden. Vorzugsweise ist eine Fläche auf dem Flurstück 181 südlich des Fehlowweges zwischen der Döberitzer Str. 16d und 18 dafür zu verwenden (siehe Kartenausschnitt im Anhang, farbig markiert).“

**Abstimmungsergebnis: 8/1/0**

Änderungsantrag zu Photovoltaik aus dem Ortsbeirat:

„Der Bebauungsplan Nr. 132 „Am Friedhof“ (OT Fahrland) ist dahingehend zu ändern, dass Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie auf Gebäuden, Garagen und Carports liegend oder aufgeständert, bis max. 20 cm Abstand zu den Dachziegeln und im Winkel der Dachneigung, zulässig sind. Die Angaben zur Oberflächenbeschaffenheit von Anlagen der Photovoltaik und der Solarthermie sind zu streichen.“

**Abstimmungsergebnis: 3/4/2 – damit abgelehnt**

Vorschlag der Verwaltung zur redaktionellen Änderung der textlichen Festsetzung 6.2 - Photovoltaik:

„Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie sind nur in, an oder auf den Dachflächen liegend mit einer Befestigungskonstruktion von nicht mehr als 20 cm Abstand zur Dachfläche zulässig. Aufgeständerte Anlagen und Anlagen ohne Gebäudebezug sind nicht zulässig.

Die Oberflächen von Anlagen (...) auszubilden.“

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

Änderungsantrag des Ortsbeirats Fahrland zu Kinderspielplätzen:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt im Bebauungsplan Nr. 132 „Am Friedhof“ (OT Fahrland) einen zusammenhängenden Spielplatz von min. 250 m<sup>2</sup> Gesamtfläche für 6-12jährige sowie 0-6jährige an der auf der Karte im Anhang eingezeichneten Fläche auf dem Flurstück 102/2 verbindlich festzusetzen.

**Abstimmungsergebnis: 2/4/3 – damit abgelehnt**

Ergänzungsantrag aus dem Ortsbeirat Fahrland zu den Altbäumen, in der von Herrn Matz im SBWL-Ausschuss übernommenen verwaltungsseitig vorgeschlagenen geänderten Fassung:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland) nach Maßgabe der Potsdamer Baumschutzverordnung dafür Sorge zu tragen, dass bei den anstehenden Baumaßnahmen möglichst viele Altbäume mit mindestens guter Qualität erhalten

bleiben. Als Altbäume mit mindestens guter Qualität werden Bäume definiert, welche im Umweltbericht des Bebauungsplanes mit einer Vitalität zwischen 1 und 2 und einem Kronenumfang größer 5 Metern bzw. einem Stammumfang von min. 80 cm aufgelistet sind.

Sollten diese Altbäume einer geplanten Bebauung im Wege stehen, ist der Versuch zu unternehmen, im Rahmen der Festsetzungen des Bebauungsplans und im Einvernehmen mit dem jeweiligen Eigentümer des Grundstücks die Planung der Lage der Baukörper so zu verändern, dass ein Erhalt der Altbäume erreicht werden kann. Dies gilt insbesondere für Grundstücke, welche sich derzeit im Eigentum der Landeshauptstadt Potsdam befinden.“

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

Der Ausschussvorsitzende stellt die geänderte Fassung zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland) entschieden (gemäß Anlagen 3A, 3B, 4A, 4B, 5A und 5B).
2. Der Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland) wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (siehe Anlagen 6 und 7).

**Mit folgenden Ergänzungen/Änderungen:**

- **Der Oberbürgermeister wird beauftragt die Stellplätze für die 36 Bestandswohnungen im Bebauungsplan „Am Friedhof“ in Fahrland (Döberitzer Str. 16, 18 und 20) (siehe S. 31 der Begründung) von derzeit 26 Stellplätzen für eine Dauer von 10 Jahren temporär auf mindestens 40 Stellplätze (1 pro Wohnung zzgl. 10% Gästeplätze) zu erhöhen. Alternativ können den Eigentümer\*innen der 3 Gebäude Flächen angeboten, die ihnen ermöglichen, die fehlenden Parkplätze selbst herzustellen. Dabei werden jedoch nur Flächen aus dem WA1 (Einzel-/Doppelhäuser) genutzt, nicht jedoch aus WA4 oder WA5, um die dort zulässige Bebauung mit Hausgruppen nicht zu gefährden. Vorzugsweise ist eine Fläche auf dem Flurstück 181 südlich des Fehlowweges zwischen der Döberitzer Str. 16d und 18 dafür zu verwenden (siehe Kartenausschnitt im Anhang, farbig markiert).**
- **Redaktionelle Änderung der TF 6.2 Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie sind nur in, an oder auf den Dachflächen liegend mit einer Befestigungskonstruktion von nicht mehr als 20 cm Abstand zur Dachfläche zulässig. Aufgeständerte Anlagen und Anlagen ohne Gebäudebezug sind nicht zulässig.**

**Die Oberflächen von Anlagen (...) auszubilden.**

- **Der Oberbürgermeister wird beauftragt im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland) nach Maßgabe der Potsdamer Baumschutzverordnung dafür Sorge zu tragen, dass bei den anstehenden Baumaßnahmen möglichst viele Altbäume mit mindestens guter Qualität erhalten bleiben. Als Altbäume mit mindestens guter Qualität werden Bäume definiert, welche im Umweltbericht des Bebauungsplanes mit einer Vitalität zwischen 1 und 2 und einem Kronenumfang größer 5 Metern bzw. einem Stammumfang von min. 80 cm aufgelistet sind. Sollten diese Altbäume einer geplanten Bebauung im Wege stehen, ist der Versuch zu unternehmen, im Rahmen der Festsetzungen des Bebauungsplans und im Einvernehmen mit dem jeweiligen Eigentümer des Grundstücks die Planung der Lage der Baukörper so zu verändern, dass ein Erhalt der Altbäume erreicht werden kann. Dies gilt insbesondere für Grundstücke, welche sich derzeit im Eigentum der Landeshauptstadt Potsdam befinden.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>2</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 4.3 Vorhalteflächen für Sozialinfrastruktur in Fahrland**

**Vorlage: 19/SVV/1302**

Fraktion DIE LINKE

SBWL, B/Sp., OBR Fahrland

(Wiedervorlage)

Der Antrag wird durch Frau Lange eingebracht.

Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service) teilt mit, dass nur Flächen erforderlich sind, wenn es den Bedarf gibt. Bis mindestens 2024 könne der Hort- und Schulbedarf im Bestand gedeckt werden.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die in kommunalem Eigentum befindlichen Flächen der Gemarkung Fahrland, Flur 2, Flurstück 179 im Bereich zwischen Friedhof und der neu geplanten Straße „Am Fahrländer Mühlenberg“ als Ersatz-Sozialflächen für die geplante Schul- und Horterweiterung der

Regenbogenschule vorzuhalten.

Eine Veräußerung oder Bebauung dieser Flächen ist solange zurückzustellen, bis die dauerhafte Erweiterung der Grundschule Planreife hat und damit gesichert ist.

**Abstimmungsergebnis:**  
**Einstimmig angenommen**

**zu 4.4 Kommunaler sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße in Fahrland**

**Vorlage: 19/SVV/1308**

Fraktion DIE LINKE

SBWL, GSWI, OBR Fahrland

(Wiedervorlage)

Der Antrag wird durch Frau Lange eingebracht.

Herr Jekel (Bereich Wohnen) geht kurz auf die Bedarfssituation ein und bestätigt, dass es in Fahrland keinen kommunalen Wohnungsbestand oder Mietpreis- und Belegungsbindung gebe. Die Verwaltung unterstützt den Antrag. Ergänzend macht Herr Jekel aufmerksam, dass die Gebietskulisse der Wohnraumförderung nicht für die gesamte Stadt gilt. Sollte die Ausdehnung zu einem späteres Zeitraum auf diesen Bereich erfolgen, wäre eine Belegungsbindung bis zu 70 % möglich.

Frau Lange dankt für den Hinweis und übernimmt für ihren Antrag das Wort mindestens.

Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service) teilt mit, dass durch die Beigeordneten Herrn Exner und Herrn Rubelt heute die Vorlage „Leitlinien für Grundstücksverkäufe“ vorgestellt worden ist, welche in die März-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eingebracht wird. In der Vorlage sind grundsätzliche Ansätze zum Umgang mit kommunalen Grundstücken hinsichtlich der Förderung des kommunalen Wohnraums enthalten. Er empfiehlt den Antrag nochmals zurückzustellen und dann gemeinsam mit der Leitlinie für Grundstücksverkäufe aufzurufen, um ein einheitliches Vorgehen im Kontext zu ermöglichen.

Herr Rubelt schließt sich dem Vorschlag von Herrn Richter an, damit könne auch eine Konformität in der Diskussion erfolgen.

Nach kurzer Diskussion unter Beteiligung von Herrn Kirsch, Frau Lange, Frau Hüneke und Herrn Jekel bittet Frau Lange den Antrag abzustimmen und verweist darauf, dass kommunaler sozialer Wohnungsbau auch ohne Förderung denkbar wäre.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des

ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt die allgemeinen Wohngebiete WA 4 und WA 5 im Bebauungsplanareal Nr. 132 „Am Friedhof“ (OT Fahrland) nach dem erfolgreichen Satzungsbeschluss in kommunalem sozialen Wohnungsbau mit **mindestens** 50% Belegungsbindung herzustellen.

Die Flächen werden dauerhaft in kommunalem Besitz gesichert und nicht verkauft.

Der Stadtverordnetenversammlung ist die Planung mit der genauen Wohnungszahl und den entstehenden Kosten (mit und ohne Landesförderung) spätestens ein Jahr nach dem Satzungsbeschluss zu präsentieren, damit die Stadtverordneten über den Zeithorizont der Umsetzung entscheiden können.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>8</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 4.5 Zugang zum Havel Quartier Potsdam für Menschen mit Mobilitätseinschränkung**

**Vorlage: 19/SVV/1306**

Fraktion der Freien Demokraten  
SBWL, GSWI  
(Wiedervorlage)

Vertagt auf die nächste Sitzung – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 4.6 Bebauungsplan Nr. 119 "Medienstadt", Abwägungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Medienstadt" (22/17) Abwägung und Feststellungsbeschluss**

**Vorlage: 20/SVV/0061**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
KUM, SBWL  
(2. Lesung)

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) erinnert an die Einbringung der Vorlage in der vergangenen Sitzung, in welcher gebeten worden ist, weitere Fragen in Vorbereitung auf die heutige Sitzung an die Verwaltung zu übermitteln.

Eingegangen ist die Bitte, die Straßenquerschnitte für den östlichen Teil der Großbeerenstraße zu zeigen, um die Aufteilung der Flächen für Tram, Verkehrsraum und Bäume beurteilen zu können. Anhand einer Präsentation (wird

auf Bitte von Herrn Pfrogner der Niederschrift beigefügt) wird deutlich, dass sich die Verkehrsräume in einem ausgewogenen Verhältnis befinden.

Auf Rückfragen von Frau Hüneke und Herrn Gericke zu den Straßenbäumen und zur Erschließung geht Frau Holtkamp ein.

Frau Reimers bittet dem abweichenden Votum des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität nicht zu folgen.

Herr Jäkel und Herr Dr. Niekisch unterstützen den Bebauungsplan und empfehlen eine Zustimmung.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

3. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Anregungen der Bürger aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplans Nr. 119 „Medienstadt“ (gemäß Anlagen 2, 3 und 4 A) entschieden.
4. Der Bebauungsplan-Entwurf (siehe Anlage 4 B) ist entsprechend zu ändern und gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB erneut öffentlich auszulegen.
5. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Flächennutzungsplan-Änderung "Medienstadt" (22/17) entschieden (siehe Anlagen 5 und 6).
6. Die Flächennutzungsplan-Änderung " Medienstadt" (22/17) wird beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (siehe Anlage 7).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

**zu 4.7 Fortschreibung der "Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam" (Potsdamer Baulandmodell 2019)**

**Vorlage: 20/SVV/0081**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

SBWL, GSWI

(2. Lesung)

Die Einbringung der Vorlage ist in der vergangenen Sitzung erfolgt. Um sich näher mit den Unterlagen befassen zu können, wurde um eine 2. Lesung gebeten.

Erneuter Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die fortgeschriebene „Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam“ (Potsdamer Baulandmodell 2019, Anlage 1) ist im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung anzuwenden.

Beschlussvorlagen zur Einleitung von städtebaulichen Planungen gemäß Nr. 2.1 des Potsdamer Baulandmodells sind der Stadtverordnetenversammlung nur dann zuzuleiten, wenn die von der künftigen Planung Begünstigten eine Zustimmungserklärung gemäß Anlage A der Richtlinie vorgelegt haben.

2. Übergangsregelung: Das Potsdamer Baulandmodell 2019 findet ab dem Zeitpunkt seiner Beschlussfassung auf alle bereits laufenden Bebauungsplanverfahren Anwendung, bei denen die Beschlussvorlage zur ersten öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB noch nicht in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht worden ist.

Analog findet das Potsdamer Baulandmodell 2019 Anwendung auf in Aufstellung befindliche Bebauungspläne im vereinfachten Verfahren nach §13 BauGB oder im beschleunigten Verfahren nach § 13 a und § 13 b BauGB, wenn mit deren Öffentlichkeitsbeteiligung noch nicht begonnen wurde.

3. Die Berechnungsannahmen des Potsdamer Baulandmodells 2019 sind regelmäßig zu überprüfen und falls erforderlich anzupassen. Das Monitoring der Anwendung des Potsdamer Baulandmodells ist fortzuführen.
4. Im Laufe des Jahres 2020 soll geprüft werden, ob und auf welche Weise Flächenabtretungen und kommunaler Zwischenerwerb in das Potsdamer Baulandmodell integriert werden können.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

**zu 4.8 Anpassung des Potsdamer Baulandmodells**

**Vorlage: 19/SVV/0334**

Fraktion DIE LINKE

(Wiedervorlage)

Zurückgezogen –siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 4.9 Straßennamenschilder für Menschen mit Sehbehinderung**

**Vorlage: 20/SVV/0022**

Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen

Der Antrag wird durch Frau Lange eingebracht. Sie zeigt den Ausschussmitgliedern einen denkbaren Prototyp, welcher an Licht- oder Ampelmasten angebracht werden könne. Durch Anfassen würde das Lesen des Straßennamens möglich. Sie bittet zu beachten, dass auch mit einer App nicht explizit alle Menschen erreicht werden. Frau Lange ergänzt, dass die Anwendung in der Stadt Wedel in Schleswig-Holstein bereits erfolgreich betrieben wird.

Herr Becker (Bereich Verkehr und Technik) verweist auf die rechtlichen Regelungen. Die amtliche Verkehrsbeschilderung, zu der auch die Straßennamensschilder gehören, erfolgt auf der Grundlage der Straßenverkehrsordnung. Die bauliche Umsetzung erfolgt entsprechend technischer Vorschriften. Herr Becker macht aufmerksam, dass man sich mit dieser Thematik bereits befasst habe und in allen anwendbaren Rechts- und Bauvorschriften für öffentliche Verkehrsanlagen keinen Bezug zu derartigen Beschilderungen gefunden habe. Mit Hinweis auf die fehlende Ermächtigungsgrundlage sei auch zu prüfen, inwiefern ein Anbringen in Höhe von 1 m oder 1,5 m auch zur Gefährdung von Verkehrsteilnehmern führen könne. Zudem würde es sich um eine freiwillige Aufgabe handeln, die auch finanziert werden müsse. Die Verwaltung empfiehlt dem Antrag nicht zuzustimmen beziehungsweise, wenn tiefergründige Recherchen, Abstimmungen etc. gewünscht werden, abzuwarten, bis die Stelle des Behindertenbeauftragten besetzt ist.

Frau Thiel äußert sich in ihrer Funktion als beratendes Mitglied des Behindertenbeirates im Ausschuss. Es bedarf nicht unbedingt eines Behindertenbeauftragten, um zu erfahren, ob die Umsetzung zweckmäßig sei. Sie selbst sei früher sehbehindert gewesen und jetzt blind. An dem von Frau Lange gereichten Prototyp könne man durch den hervorgehoben angebrachten Schriftzug in Buchstaben und Brailleschrift den Straßennamen gut ablesen. Das Auffinden von Ampelmasten sei für Menschen mit Sehbehinderung oft möglich.

Die Straßennamensschilder selbst sind hingegen aufgrund der angebrachten Höhe nicht lesbar. Sie bittet dem Antrag zuzustimmen, da er hilfreich für Menschen mit Sehbehinderung sei.

Frau Lange ergänzt, dass in der Stadt Wedel bereits über 100 Stück angebracht worden sind und weitere sich im Aufbau befinden.

Herr Heuer informiert über eine Berichterstattung aus Berlin, dass dieses Vorhaben beim Blinden- und Sehbehindertenverein nicht auf Begeisterung stößt. Er empfiehlt dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

Herr Said kann sich der Idee anschließen. Jedoch wäre die Frage, wo die Anbringung erfolgen sollte und auch die Form/Attraktivität zu klären sei. Ebenso sind Vandalismusschäden, wie das Anbringen von Kaugummis oder Ausdrücken von Zigaretten zu befürchten.

Frau Dr. Chwolik-Lanfermann hält den Ansatz für gut. Sie befürwortet die Umwandlung in einen Prüfauftrag und die Einbeziehung des Sozialwerkes Potsdam, um einschätzen zu können, ob die Umsetzung sinnvoll sei.

Frau Reimers greift den Vorschlag auf und stellt den Antrag auf Umwandlung in einen Prüfauftrag.

Frau Lange spricht dagegen und regt das Montieren an 20 Masten an und das Ergebnis zu evaluieren.

Herr Dr. Niekisch hält eine Strukturierung für notwendig.

Herr Pfrogner teilt mit, dass Herr Mehlmann vom Sozialen Netzwerk anwesend ist und bittet ihm das Rederecht zu erteilen.

Es erfolgt kein Widerspruch, so dass Herr Mehlmann als Mitarbeiter des Sozialen Netzwerkes ausführen darf. Er berichtet, dass man für die Vorschläge offen sei. Ein Ausprobieren sei sinnvoll, er würde sich an der Studie beteiligen und im Anschluss könne das Ergebnis mitgeteilt werden.

Herr Rubelt bittet das Beteiligungsverfahren dort durchführen zu lassen, wo die Belange der Menschen mit Behinderungen gebündelt werden können und wirbt nochmals, den Antrag bis zur Wiederbesetzung der Stelle des Behindertenbeauftragten zurückzustellen oder als Prüfauftrag vorzusehen.

Frau Hüneke befürwortet als Mit Antragstellerin die Umwandlung in einen Prüfauftrag.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) äußert, dass es einen engen Kontakt mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen gebe. Der Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen wird versuchen sich zu informieren, wie die richtigen Kontakte gefunden werden. Allerdings ist die Terminstellung im Juni 2020 zu berichten zeitlich nicht haltbar, zumal auch die Kontakte und Erfahrungen der Stadt Wedel abgefragt werden müssen. Als Terminstellung sei Februar 2021 denkbar, um ein angemessenes Prüfergebnis vorlegen zu können. Frau Woiwode bekräftigt nochmals, dass es sich hier nicht um eine pflichtige Aufgabe handelt und verweist auf den Haushalt.

Herr Pfrogner kann dies nicht nachvollziehen, da Gespräche im Rahmen einer Prüfung keine Kosten verursachen.

Herr Dr. Niekisch regt als Terminstellung Dezember 2020 an.

Frau Lange widerspricht. Die Umwandlung in einen Prüfauftrag sei möglich, jedoch mit einer maximalen Terminstellung bis September 2020.

Frau Hüneke schlägt als Mit Antragstellerin Dezember 2020 vor.

Herr Kirsch stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Umwandlung in einen Prüfauftrag mit Terminstellung Dezember 2020.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen, ob** an ausgewählten und stark frequentierten Straßenkreuzungen und Plätzen Straßennamenschilder für Menschen mit Sehbehinderung montiert werden können. Dabei sind die Erfahrungen, die u.a. die Stadt Wedel gemacht hat, zu berücksichtigen.

~~Ein Bericht über die Umsetzung~~ **Das Prüfergebnis** ist der Stadtverordnetenversammlung im Juni **Dezember** 2020 vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

Im Anschluss an die Abstimmung meldet sich der Stadtverordnete Herr Frehse zu Wort und kritisiert, dass sein Änderungsantrag mit dem Wortlaut „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **an allen** ausgewählten und stark frequentierten Straßenkreuzungen und Plätzen Straßennamenschilder für Menschen mit Sehbehinderung zu montieren. Dabei sind die Erfahrungen, die u.a. die Stadt Wedel gemacht hat, zu berücksichtigen. Ein Bericht über die Umsetzung ist der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2020 vorzulegen.“ nicht abgestimmt worden sei.

Mit Verweis auf die Geschäftsordnung hätte die Einbringung formal während der Behandlung der Drucksache erfolgen müssen, entgegnet Herr Jäkel. Herr Frehse hat sich jedoch nicht zu Wort gemeldet, um den Antrag einzubringen.

Herr Frehse äußert Unverständnis, da sein Änderungsantrag im RIS bei der Drucksache hinterlegt ist.

Nach kurzer Verständigung innerhalb des Ausschusses wird unter Verweis auf das erfolgte Votum dargestellt, dass der Änderungsantrag ohnehin inhaltlich keine Zustimmung gefunden hätte.

#### **zu 4.10    Barrierefreier und belästigungsarmer Weihnachtsmarkt ab 2020**

**Vorlage: 20/SVV/0011**

Fraktion DIE aNDERE

SBWL, OS, HA

Die Anträge 20/SVV/0011 und 20/SVV/0090 werden aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs **gemeinsam behandelt**.

Der Antrag 20/SVV/0011 wird durch Herrn Pfrogner eingebracht.

Herr Becker (Bereich Verkehr und Technik) informiert, dass neben der Erteilung der Genehmigung für die straßen- und verkehrsrechtlichen Sachverhalte nach Straßenverkehrsordnung der Weihnachtsmarkt auch einer gewerberechtlichen, baurechtlichen, umwelt- und immissionsschutzrechtlichen sowie abfallrechtlichen Betrachtung, Prüfung und Entscheidung bzw. Genehmigung bedarf. Zur Erstellung einer Konzeption, die die barrierefreie und belästigungsärmere Weiterentwicklung des Weihnachtsmarktes in der Potsdamer Innenstadt berücksichtigt, wird die Durchführung eines entsprechenden Workshops unter Beteiligung der verschiedensten Einrichtungen und der Stadtpolitik im März oder April 2020 durchgeführt. Die Vorstellung des Konzeptes könne vor der Sommerpause im Hauptausschuss erfolgen.

Weiter TOP 4.11

#### zu 4.11 **Weiterentwicklung des zentralen Weihnachtsmarktes in der Potsdamer Innenstadt**

**Vorlage: 20/SVV/0090**

Fraktion der Freien Demokraten

SBWL, OS, HA

Der Antrag 20/SVV/0090 wird durch Frau Dr. Chwolik-Lanfermann eingebracht. Ziel des Antrages ist es die gegenläufigen Interessen der Betreiber, der Anwohner, der Besucher und der AG Innenstadt zusammenzuführen. Wichtig sei es, dass die Landeshauptstadt Potsdam sich hier ihrer Verantwortung bewusst ist. Es handelt sich hier um die Nutzung einer zentralen Straße in der historischen Innenstadt. Ergebnis des Workshops müsse auch sein, dass die historische Straße erfahrbar bleibt.

Zusätzlich zu den bereits im Antrag 20/SVV/0011 enthaltenen Themen sollten auch folgende Punkte im Rahmen des Workshops geklärt werden:

- Verkürzung der Standzeit bereits vor der Eröffnung des Weihnachtsmarktes
- Möglichkeit einer Entlastung in der Brandenburger Straße durch Nutzung weiterer Teilflächen am Bassinplatz.

Herr Becker ergänzt, dass sich der Ordnungsausschuss ebenfalls heute mit den beiden Anträgen befasst habe und dort empfohlen worden ist, die Anträge zurückzustellen und nach Kenntnis des Statements aus dem Workshop wieder aufzurufen, um die Entscheidung zum Umgang mit diesen Anträgen zu treffen.

Auf Rückfrage bestätigt Herr Becker, dass der Betreiber des Weihnachtsmarktes in den Workshop integriert ist und vorher keine vertraglichen Verbindungen getroffen werden.

Frau Hüneke stellt den Geschäftsordnungsantrag die Anträge 20/SVV/0011 und 20/SVV/0090 zu vertagen und **mit den Ergebnissen aus dem Workshop wieder vorzulegen**.

Frau Dr. Chwolik-Lanfermann spricht für den Geschäftsordnungsantrag.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

#### zu 4.12 **Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21**

##### zu 4.12.1 **Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und**

**Bürger', Nummer 1: Kein städtisches Geld für den Wiederaufbau  
Garnisonkirche**

**Vorlage: 20/SVV/0030**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 4.12.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und  
Bürger', Nummer 4: Energie-Einsparung durch weniger Straßenbeleuchtung**

**Vorlage: 20/SVV/0033**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 4.12.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und  
Bürger', Nummer 8: Klimanotstand: Schutzprogramm beschleunigen und  
Bäume pflanzen**

**Vorlage: 20/SVV/0037**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 4.12.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und  
Bürger', Nummer 6: Kostenfreier öffentlicher Nahverkehr für alle in Potsdam**

**Vorlage: 20/SVV/0035**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 4.12.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und  
Bürger', Nummer 10: Autofreie Innenstadt und verkehrsberuhigte Quartiere**

**Vorlage: 20/SVV/0039**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung  
Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 4.12.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 11: Entlastung des Potsdamer Nordens: 2. Nord-Süd-Verbindung Straßenbahn  
Vorlage: 20/SVV/0040**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung  
Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 4.12.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 14: Walderhalt im Planungsverfahren 'Schul- und Sportstandort Waldstadt Süd'  
Vorlage: 20/SVV/0043**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung  
Frau Oxana Adams (Bürgerinitiative „Bürger für Waldstadt“) nimmt das Rederecht wahr. Sie macht aufmerksam, dass der Bau von wettkampffähigen Sportflächen keine Pflichtaufgabe sei und deshalb kein Verzicht auf das Landschaftsschutzgebiet in der Waldstadt Süd erfolgen dürfe.

Frau Kerstin Woller (Bürgerinitiative „Bürger für Waldstadt“) schließt sich den Äußerungen ihrer Vorrednerin an. Die Waldfläche müsse als Waldfläche erhalten bleiben und verweist auf andere Standorte, wie beispielsweise auf den Schlaatz.

Die Rednerinnen werden gebeten ihre Beiträge als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung zu stellen.

Herr Pfrogner verweist auf die bereits umfänglich zu diesem Thema im Sport- und Bildungsausschuss geführten Diskussionen und verweist auf die Beschlusslage. Er dankt für die ergriffene Initiative und die vorgestellten Lösungsansätze.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Beim Planungsverfahren „Schul- und Sportstandort Waldstadt Süd“ wird aus Gründen des Klimaschutzes das Landschaftsschutzgebiet aus dem Baugebiet ausgeschlossen. Für die Sportfläche werden Alternativflächen (vorrangig vorgenutzte Standorte, nachrangig alternative Standorte z.B. Bebauungsplan

163) genutzt. Auf den Neubau einer Förderschule in Waldstadt Süd wird verzichtet.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 2  
Ablehnung: 4  
Stimmenthaltung: 2

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

**zu 4.12.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 15: Oberbürgermeister soll Wiederaufbau der Garnisonkirche unterstützen**

**Vorlage: 20/SVV/0044**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung  
Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 4.12.9 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 16: Fahrradwege in Potsdam ausbauen und sicherer gestalten**

**Vorlage: 20/SVV/0045**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung  
Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 4.12.10 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 17: Umgehungsstraße realisieren (Havelspange, 3. Havelübergang)**

**Vorlage: 20/SVV/0046**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung  
Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu  
4.12.11 **Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 18: Grüne Dächer und Fassaden für ein besseres Stadtklima**  
**Vorlage: 20/SVV/0047**  
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung  
Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu  
4.12.12 **Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 20: Biosphäre zur Kiez-Schwimmhalle umbauen als 'Herzbad im Volkspark'**  
**Vorlage: 20/SVV/0049**  
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung  
Herr Dauber nimmt das Rederecht wahr. Er stellt die Vorzüge einer Nutzung der Biosphäre als Kiezbad und Eventraum dar. Der Entwurf des „Herzbades im Volksbad“ stamme von ihm. Zu seinem Vorschlag habe er einen großen Widerhall erfahren.

Herr Dr. Niekisch äußert, dass der Antrag die Sympathie der CDU-Fraktion habe.

Herr Jäkel bestätigt, dass im Potsdamer Norden ein Bad sinnvoll sei, jedoch an einem anderen Standort als der Biosphäre.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Die Biosphäre wird mit dem Ziel der Doppelnutzung als Kiezbad (6 x 25 Meter-Bahnen) und als nach oben offenem Eventraum zum „Herzbad im Volkspark“ umgebaut. Dabei ist eine ressourcenschonende Energie- und Wassernutzungsanlage für die Wasserreinigung, -speicherung, -versickerung und im Sommer für die Kühlung zu verwenden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>2</b>
Ablehnung:	<b>5</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des

ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

## **zu 5            Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 5.1        Bericht zur Wegsanierung in Potsdam West (gemäß Beschluss 19/SVV/0845)**

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) greift den Auftrag aus der Stadtverordnetenversammlung im September vorigen Jahres auf, in welchem der Prüfauftrag erteilt worden ist, zwei Abschnitte von je ca. 60 m Länge des Fuß- und Radweges zwischen der Schlüterstraße und der Eisenbahnunterführung Stormstraße zügig instand zu setzen.

Es kann mitgeteilt werden, dass der erste Teil des Weges instandgesetzt worden ist. Für den zweiten Teil ist der Auftrag bereits ausgelöst worden und wird umgesetzt, sobald die Firma Kapazitäten hat. Das entnommene Pflaster wird zwischengelagert und wiederverwendet.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

## **zu 6            Sonstiges**

Zur Bitte von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen um Informationen zum Ausbau der Heinrich-Mann-Allee informiert Frau Woiwode. Die Mitteilungsvorlage zur durchgeführten Einwohnerversammlung ist in der vergangenen Stadtverordnetenversammlung direkt, ohne Überweisung in die Ausschüsse, zur Kenntnis genommen worden. Die Varianten aus der Einwohnerversammlung werden geprüft. Es wird vorgeschlagen, nach Vorlage der Prüfergebnisse zu berichten. Dies wird in etwa nach der Sommerpause sein.

Frau Woiwode macht aufmerksam, dass die Zettel, welche an verschiedenen Bäumen in der Heinrich-Mann-Allee eine Fällung ankündigten, nicht von der Landeshauptstadt Potsdam stammen. Dies ist auch gegenüber der Presse deutlich gemacht worden. Das Planfeststellungsverfahren ruht derzeit. Es wird verwaltungsseitig versichert, dass keine Baumfällungen vorgenommen werden, solange die Planung nicht abgeschlossen ist.

